

Pressemitteilung  
Kiel, 28.06.2005

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Kommunale Leitlinien der Landesregierung: Technokratisches Placebo statt Kommunalisierung**

*Zu den heute von Ministerpräsident Carstensen und Innenminister Stegner vorgestellten Plänen der Landesregierung für eine neue kommunale Struktur in Schleswig-Holstein sagt die Vorsitzende des SSW im Landtag, **Anke Spoorendonk**:*

□ Die Leitlinien der Landesregierung sind ein technokratisches Placebo statt eine echte Kommunalisierung. Leider hat auch die Große Koalition mit ihrer überwältigenden Mehrheit nicht den Mut, endlich klare Kante zu machen. Carstensen und Stegner üben sich im Sackhüpfen, statt endlich den großen Sprung in eine bessere Zukunft der Gemeinden zu wagen.

Die Zusammenlegung von Amtsverwaltungen mag die kommunale Administration stärken. Dabei walzen die schwarz-roten Partner aber einfach über die bürgernahe Demokratie hinweg. Wir wollen finanzstarke Gemeinden, in denen Politik und Verwaltung gemeinsam die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort gestalten. Unter bürgernah versteht die Landesregierung aber offensichtlich nur, dass die Kirchturmspolitik unangetastet bleibt.

Auch bei der Gründung von Dienstleistungszentren zwischen der Kreis- und

Landesebene frage ich mich: Wo bleibt die demokratische Transparenz und die unmittelbare Kontrolle des Verwaltungshandelns? Man hat den Eindruck, dass lediglich die Schilder "Landesamt" mit dem smarter klingenden Schildern "Dienstleistungszentrum" ausgetauscht werden sollen.

Natürlich wollen wir alle einen kostengünstigen Staat, der seinen Bürgern einen optimalen Service bietet. Wer aber nur auf schlankes Management achtet, verliert aus dem Augen, worum es hier eigentlich geht: um die Demokratie in unseren Kreisen und Gemeinden. So wie die Landesregierung die Reform aufgelegt hat, wird es aber in einem reinen Behördenmikado enden.